

färbten Waren, d. h. die Erscheinung, daß Stellen, auf die ein reibender Druck ausgeübt wird, weiß werden, ohne daß Fasern oder Farbstoffe abgerieben werden. Besonders geeignet sind Chromsalze, während Eisensalze zwar die gleiche Wirkung haben, aber den Farbton verändern. *Karsten.*

Verfahren zur Erzeugung farbiger Muster auf Woll- und Halbwollgeweben. (Nr. 163 834. Kl. 8m. Vom 27./4. 1902 ab. *Henry Giesler* in Molsheim i. E.)

Patentansprüche: 1. Verfahren zur Erzielung farbiger Druckmuster auf rohen oder ungefärbten Wollgeweben, dadurch gekennzeichnet, daß man die Gewebe in bekannter Weise mit Ätzalkalien bedruckt und das Auffärben bei so niedrigen Temperaturen vornimmt, daß die Farbstoffannahme an den unbedruckten Stellen ausgeschlossen wird.

2. Verfahren der im Anspruch 1 gekennzeichneten Art, mit dem Unterschiede jedoch, daß zum Zwecke der Erzielung von Melange-, Vigoureux-, Buntweberei- usw. Effekten der Aufdruck der Ätzalkalien unter Anwendung der hierfür geeigneten Druckmuster erfolgt und das Ausfärben bei so niedrigen Temperaturen vorgenommen wird, daß die Farbstoffannahme an den unbedruckten Stellen ausgeschlossen wird.

3. Ein Verfahren der im Anspruch 1 und 2 gekennzeichneten Art mit der Maßgabe jedoch, daß die Dauer der Laugeneinwirkung, je nach Erfordern, ausgedehnt und dadurch einmal der Faser ein bestimmter Grad von Affinität zum Farbstoff verliehen und zum anderen, bei wechselnder Dauer der Laugeneinwirkung, eine ganze Reihe von Farbstufungen in einem Farbbade erzielt werden kann.

4. Die Anwendung der in Anspruch 1, 2 und 3 genannten Verfahren auf aus Wolle und vegetabilischer Faser (Ramie, Baumwolle) bestehenden Geweben. —

Die höhere Aufnahmefähigkeit der mit Alkalilauge behandelten Wolle für Farbstoffe war zwar bekannt, man konnte aber bei der üblichen Färbung in höherer Temperatur keine zweifarbigene Effekte erhalten, weil sich bei längerer Dauer, besonders

bei Anwendung kleinerer Druckmuster, die Tonunterschiede ausgleichen; dagegen gelingt mit vorliegendem Verfahren die Herstellung derartiger Effekte. *Karsten.*

Verfahren zur Erhöhung der Zersetzungsfähigkeit von Zinnchloridlösungen beim Beizen und Beschweren von Seide und anderen Textilfasern. (Nr. 163 322. Kl. 8k. Vom 15./2. 1902 ab. *Carl Eduard Carstanjen* in Krefeld.)

Patentanspruch: Verfahren zur Erhöhung der Zersetzungsfähigkeit von Zinnchloridlösungen beim Beizen und Beschweren von Seide und anderen Textilfasern, dadurch gekennzeichnet, daß dem Zinnchloridbade schwefelsaure Salze der Alkalimetalle einschließlich des Ammoniums, der Metalle der alkalischen Erden oder des Aluminiums zugesetzt werden.

Das Verfahren besteht darin, daß zu den Zinnchloridlösungen, ohne darin Fällungen zu erzeugen, Natriumsulfat oder analoge Salze zugesetzt werden. Im normalen Falle ist ein Zusatz von 1 T. Natriumsulfat zu 2 T. Zinnchlorid von 50° Bé. vorteilhaft; es war dann die Erschwerungswirkung eines auf 30° Bé. verdünnten Bades die gleiche wie bei einem Bade aus reinem Chlorzinn von 30° Bé. *Wiegand.*

Verfahren zur Erhöhung der Festigkeit zinnbeschwerter Seide. (Nr. 163 622. Kl. 8m. Vom 15./11. 1904 ab. *Società anonima cooperativa a capitale illimitato per la stagionatura e l'assaggio delle sete e d'affini* in Mailand.)

Patentanspruch: Verfahren zur Erhöhung der Festigkeit zinnbeschwerter Seide, dadurch gekennzeichnet, daß die Fäden oder Gewebe beim Beschweren, Färben oder Avivieren mit etwa 1—3%igen Lösungen von Sulfocyanäure oder Sulfocyanaten behandelt werden. —

Die nach dem Verfahren behandelte Seide wird im Gegensatz zu unbehandelter unter der Einwirkung des Lichts nicht derart verändert, daß sie ihre Festigkeit verliert, ein Resultat, das auch mittels der bereits vorgeschlagenen Eisencyanverbindungen nicht erreicht werden kann. *Karsten.*

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil.

Tagesgeschichtliche und Handelsrundschau.

Neu-York. Neue Gesetzesvorlagen: Der Deutsch-Amerikanische Handelsvertrag. — Zolltarif. — Patentwesen. — Nahrungsmittelgesetz. Der Kongreß in Washington hat sich in der laufenden Session mit einer Anzahl Fragen zu beschäftigen, welche auch für die Leser dieser Zeitschrift von Interesse sein werden. Im Vordergrunde steht natürlich die zukünftige Gestaltung des zollpolitischen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Am 29. November hat der deutsche Gesandte in Washington, Baron Speck von Sternburg, das Staatsdepartement im Auftrage seiner Regierung offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß sie den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag vom 10. Juli 1900 vom 1. März 1906 ab für er-

loschen ansehen werde. In dem Vertrage ist eine Kündigungsfrist von 3 Monaten vorgesehen, und man hat also bis zum letzten Augenblick gewartet, den das Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifes gestattete. Daß der Vertrag gekündigt werden würde, war mit Sicherheit zu erwarten gewesen, um so auffallender muß es wohl erscheinen, daß die Botschaft des Präsidenten Roosevelt an den Kongreß kein Wort hierüber enthält, trotz ihrer ungewöhnlichen Länge. Der einzige Passus, der auf die Zolltariffrage im allgemeinen Bezug nimmt, empfiehlt die Überlegung, ob es ratsam sei, Maximal- und Minimalzollsätze in dem Zolltarif vorzusehen, um dieselben zum Abschluß günstiger Handelsbeziehungen mit anderen Ländern zu benutzen. Wie man sich erinnern wird, hat der Schatzamtssekretär Shaw im letzten Herbst bei verschiedenen öffentlichen Gelegenheiten Deutschland mit der Einführung von Maximal-

und Minimalzöllen gedroht. Ob zwischen diesen Reden des Schatzamtssekretärs und der vorstehenden, in so unbestimmten Ausdrücken gehaltenen „Empfehlung“ des Präsidenten eine Verbindung besteht, läßt sich natürlich nicht feststellen. Vom 1. März 1906 werden also die amerikanischen Einfuhren nach Deutschland die in dem neuen Tarif vorgesehenen Maximalsätze zu bezahlen haben, denn daß ein neuer Gegenseitigkeitstarif zwischen den beiden Ländern bis zu jenem Tage abgeschlossen werden könnte, ist in Hinsicht auf die ablehnende Haltung des Senates allen früheren derartigen Vertragsentwürfen gegenüber wie auch auf die Kürze der dazwischen liegenden Zeit ausgeschlossen. Um dem Ausbruche eines Zollkrieges vorzubeugen, hat man vorgeschlagen, abermals einen Vertrag mit Deutschland auf Grund des Abschnittes 3 des Dingley-Zolltarifes abzuschließen, der ja auch die Basis des gegenwärtigen Abkommens bildet und dem Präsidenten der Republik gestattet, selbständig die Zollsätze für bestimmte Artikel, gegen entsprechende Gegenleistungen, zu reduzieren. Diese Gegenleistung Deutschlands besteht bekanntlich darin, daß den Vereinigten Staaten die Stellung einer „meistbegünstigten“ Nation (und zwar im Sinne der europäischen Auslegung des Begriffes der „Meistbegünstigungsklausel“) eingeräumt ist. Sollte man der Durchführung dieses Vorschages, der natürlich nur als ein Notbehelf angesehen werden könnte, nähertreten wollen, so werden die Vereinigten Staaten selbstverständlich fortan nur für eine beschränkte Anzahl von Artikeln Zollvergünstigungen erhalten, deren Einfuhr nach Deutschland ungefähr den gleichen unbedeutenden Umfang hat, als die deutsche Ausfuhr der in Abschnitt 3 des Tarifes erwähnten Waren, nämlich von rohem Weinstein und Weinhefe; Branntweinen und anderen Spriten; Champagner, Weinen und Wermut; Gemälden und Skulpturen. —

Aus der Botschaft des Präsidenten Roosevelt wie auch den Äußerungen der Führer der republikanischen Majoritätspartei darf man schließen, daß die letztere sich mit aller Macht dagegen stemmen wird, die Frage einer allgemeinen Tarifrevision aufzurollen. Man darf daher auch bestimmt darauf rechnen, daß sie nicht vorgenommen werden wird. Trotzdem wird es natürlich nicht an der Einbringung von diesbezüglichen Gesetzentwürfen seitens der Minoritätspartei fehlen, wenn auch nur in der Absicht, sie als politisches Agitationsmittel zu benutzen. So hat der Führer der demokratischen Partei im Repräsentantenhouse, John Sh. Williams aus Mississippi, bereits einen Gesetzesantrag eingebracht, welcher bestimmt, daß alle Einfuhrzölle, welche mehr als 100% vom Werte betragen, auf 100% herabgesetzt werden sollen. Der Entwurf hat kaum Aussicht, im Hause selbst je zur Beratung zu kommen, er bietet aber ein treffliches Mittel, dem durchschnittlichen Wähler die Augen über die Höhe der bestehenden Einfuhrzölle zu öffnen, indem man die spezifischen und Wertzölle einmal nur in Wertzölle umrechnet, unter Grundlegung der letztjährigen Marktpreise. Es ergibt sich hieraus nämlich z. B., daß der für Gerbsäure und Tannin bezahlte Zoll 103%, der-

jenige für Borsäure 122%, für Schwefeläther 236%, für Acethylnitrit 250%, für Saccharin 142%, für Alkohol aus Deutschland auf Grund des gegenwärtigen Vertrages 848% usw. betragen hat.

Die Botschaft von Mr. Roosevelt macht nur eine deutlich ausgesprochene Empfehlung in bezug auf den Zolltarif, und diese geht dahin, die Einfuhren von den Philippineninseln vollständig zollfrei zuzulassen, mit Ausnahme von Tabak und Zucker, wofür die Zölle auf 25% der Dingley-Tarifsätze herabgesetzt werden sollen. Es ist dies dieselbe Vorlage, die bereits in der vorigen Session vom Kongreß verhandelt worden ist, deren Annahme aber durch die Bemühungen der dadurch sich bedroht fühlenden amerikanischen Industriellen hintertrieben wurde. Ob man diesmal mehr Glück damit haben wird, bleibt abzuwarten. Nach Ansicht des Präsidenten würden diese Interessen durch die zollfreie Zulassung des Zuckers und Tabaks aus den Inseln nicht beeinträchtigt werden, da die landwirtschaftliche Entwicklung des Archipels „viele, viele Jahre“ in Anspruch nehmen würde. — Soweit die Zuckereinfuhr in Frage kommt, neigt sich auch der Verf. der Ansicht zu, daß dieselbe den hiesigen Marktwert nicht beeinflussen wird, schon in Hinsicht auf den Zuckerkonsum der Vereinigten Staaten, der, trotz der Entwicklung der Rübenzuckerindustrie, eine größere Zunahme aufweist als die inländische Zuckerproduktion. —

Die Mannsche Vorlage, betreffend die Abänderung der jetzigen patentrechtlichen Bestimmungen für Drogen und Chemikalien, wird jedenfalls abermals, wenn auch vielleicht in etwas veränderter Förmung, eingebracht werden. Wie vielleicht noch erinnerlich, bestimmte dieser Entwurf ursprünglich, daß kein Patent an den Bürger eines fremden Landes erteilt werden solle, ohne daß den amerikanischen Bürgern ein entsprechendes Patent erteilt würde; ferner daß für Drogen, Medizinen und medizinische Chemikalien nur Verfahrenspatente gewährt werden sollen, und daß, wenn derartig patentierte Artikel nicht innerhalb zwei Jahren nach Entnahmen des Patents im Gebiete der Vereinigten Staaten fabriziert werden, sie von dritten Personen in die Union eingeführt werden dürfen. Die erste Bestimmung wurde im Repräsentantenhouse fallen gelassen, da sie mit der Internationalen Konvention zum Schutze des industriellen Eigentums, zu welcher die Vereinigten Staaten ja gehören, im Widerspruch steht. Im übrigen aber wurde die Vorlage einstimmig angenommen, um indessen im Senat zu entschlafen. — Das Handelsmarkengesetz, welches erst am 1./4. 1905 in Kraft getreten ist, soll amandiert werden. Das Gesetz enthält u. a. eine Klausel, welche Fabrikanten, die 10 Jahre lang vor seiner Annahme eine bestimmte Handelsmarke, ohne sie registriert zu haben, benutzt haben, das weitere Verfüungsrecht über diese Marke zuspricht. Vor dem Commissioner of Patents ist dieser Klausel durch eine kürzlich ergangene Entscheidung die Auslegung gegeben worden, daß auch diese Handelsmarken nur in dem Falle registrierbar seien, wenn sie in den ordentlichen Gerichten nach allgemeinem Recht geltend gemacht werden können. Damit ist aber die Absicht des neuen Gesetzes zu nichte gemacht, und man beabsichtigt daher, die Ent-

scheidung durch ein entsprechendes Amendment aufzuheben. — Auch das Urheberrecht (copyright) soll besser geschützt werden; hierauf bezieht sich eine Äußerung von Präsident Roosevelt, die u. a. auf die neueren gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland, Österreich, Schweden und die in England und Australien schwebenden Vorlagen hinweist. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die zurzeit hierüber in den Vereinigten Staaten gültigen Vorschriften durchaus ungenügend, unbestimmt und schwer verständlich sind, so daß eine Neuordnung dieser Verhältnisse allseitig mit Freuden begrüßt werden würde. —

Ferner wird der Entwurf eines Nahrungsmittellegesetzes (pure food law) zweifellos wieder eingebracht werden. Auch diese Vorlage hat ja bereits das Repräsentantenhaus passiert, um im Senat begraben zu werden. Das „chemische Bureau“ des Ackerbaudepartements interessiert sich ganz besonders für die Annahme eines solchen Gesetzes, durch welches der zwischenstaatliche Verkehr mit Nahrungsmitteln, Getränken und Drogen einheitlich geregelt werden soll. In der vorigen Session scheiterte die Annahme an der Definition des Begriffes „Droge“, worunter auch alle Stoffe verstanden werden sollten, die für die „Heilung, Milderung oder Verhinderung einer Krankheit“ gebraucht werden.

Weitere Vorlagen betreffen die Neuregelung der Besteuerung von Alkohol und die Einführung des metrischen Maß- und Gewichtssystemes, um die man sich seit Jahr und Tag bemüht hat. Bei dem Defizit im Staatshaushalte der Union wird die Washingtoner Regierung wenig geneigt sein, in die Freigabe des für industrielle Zwecke verwendeten Alkohols zu willigen. Im Gegenteil ist der Commissioner of Internal Revenue gegenwärtig bemüht, die Bundessteuer für Alkohol auf noch mehr Artikel als bisher auszudehnen. So hat er eine Liste von solchen Präparaten aufgestellt, die in den Drogenhandlungen als medizinische Präparate verkauft werden, in Wirklichkeit aber alkoholhaltige Getränke darstellen. Apotheker und Drogisten, welche diese Artikel noch weiterhin (abgesehen auf ärztliche Verordnung hin) handeln wollen, müssen die allgemeine Alkoholtaxe bezahlen. Hausierer, die mit solchen Waren von Ort zu Ort ziehen, müssen sogar in jedem Ort, in welchem sie sie verkaufen, diese Taxe entrichten. Die betreffende Liste ist noch nicht abgeschlossen, sondern wird weiter vervollständigt werden. D.

Englands Ausfuhr und Einfuhr für November 1905. Während der letzten Monate sind Rekorde aufgestellt worden für Einfuhr nach Großbritannien und Irland und die Ausfuhr von britischen und irländischen Produkten. Die Einfuhr im November wurde auf £ 53 146 934 geschätzt, ein Zuwachs im Vergleich mit Nov. 1904 von £ 2 476 088. Die Ausfuhr wurde auf £ 29 608 147 geschätzt, ein Zuwachs im Vergleich mit November 1904 von £ 3 494 861.

Nachfolgend sind einige Zahlen von meistem Interesse verglichen mit denjenigen von November 1904.

Einfuhr.

	Nov. 1905	Zuwachs oder Abnahme im Vergleich mit Nov. 1904 von
Rohmaterial:	£	£
Kohle, Koks usw.	4 246	+ 4 243
Eisenerz und Stahl	468 220	+ 135 994
Andere Erze	657 690	+ 197 033
Holz und Bauholz	1 810 906	+ 123 981
Baumwolle	6 992 364	— 624 681
Wolle	2 601 133	+ 1 129 377
Andere Textilstoffe	1 831 264	+ 500 138
Ölsamen, Nüsse, Öle, Fette und Gummi	1 898 479	— 167 241
Häute	731 884	+ 188 985
Rohstoffe der Papierfabrikation	364 368	+ 31 879
Andere Waren	2 226 366	+ 344 858
Artikel, ganz oder hauptsächlich fabriziert:		
Eisen und Stahl	858 636	+ 140 774
Andere Metalle	2 098 638	+ 363 048
Messerschmiedehandwerk, Eisenwaren, Instrumente	389 382	+ 23 716
Maschinen	412 659	+ 52 990
Telegraphenkabel und Apparate	2 365	— 5 893
Waren aus Holz u. Bauholz	182 126	+ 15 408
Baumwolle	636 603	+ 144 502
Wolle	984 847	+ 141 064
Andere Textilmaterialien	1 477 350	— 108 684
Kleidung	261 403	+ 64 773
Chemische Waren, Drogen, Farben usw.	805 412	+ 41 489
Leder, Stiefel, Schuhe und Handschuhe	1 030 855	+ 129 675
Töpferwaren und Glas	428 757	+ 73 001
Papier	487 776	+ 46 873
Andere Waren	2 513 191	+ 311 143

Ausfuhr.

	Nov. 1905	Zuwachs oder Abnahme im Vergleich mit Nov. 1904 von
Rohmaterial:	£	£
Kohle und Koks	2 171 582	— 40 044
Eisenerz und Stahl	32 650	— 17 857
Andere Erze	5 526	— 8 167
Holz und Bauholz	6 022	+ 773
Baumwolle	—	—
Wolle	174 502	— 63 981
Andere Textilwaren	8 615	— 6 423
Ölsamen, Nüsse, Öle, Fette und Gummi	253 856	+ 7 481
Häute	163 111	+ 17 782
Material für Papierfabrikation	47 247	+ 9 883
Andere Waren	200 389	+ 27 647
Artikel, ganz oder hauptsächlich fabriziert:		
Eisen und Stahl	2 945 888	+ 633 720
Andere Metalle	822 638	+ 172 674
Eisenwaren, Instrumente	481 259	+ 43 000
Telegraphenkabel und Apparate	338 964	+ 243 873

Maschinen	2 134 687	+	347 469
Schiffe	370 702	—	132 799
Waren aus Holz u. Bauholz	135 845	+	12 234
Waren aus Baumwolle .	7 900 126	+	816 734
Waren aus Wolle	2 329 803	+	132 209
Andere Textilmaterialien	1 192 819	+	207 043
Kleidung	532 901	+	130 272
Chemikalien, Drogen, Farben usw.	1 262 811	+	137 323
Leder, Stiefel, Schuhe und Handschuhe	560 172	+	89 930
Töpfwaren und Glas .	305 628	+	32 445
Papier	168 693	+	6 937
Andere Waren	2 361 370	+	269 945

Der deutsche Drogen- und Chemikalienhandel im Jahre 1905 (Bericht von Brückner, Lampe & Co., Berlin C., gegründet 1750). Der rege Verkehr, der im Handel mit medizinischen und technischen Drogen und Chemikalien das ganze vorige Jahr hindurch herrschte, hat sich in fast gleicher Weise auf das Jahr 1905 erstreckt. Die starke Beschäftigung, die die meisten Industriezweige aufzuweisen hatten, verursachte große Nachfrage nach den technischen Hilfsmitteln, die der Drogenhandel liefert. Der Verbrauch von Medikamenten aller Art war regelmäßiger, und epidemisches Auftreten von Influenza und Erkältungskrankheiten, sowie die drohende Gefahr der Cholera, die an unserer Ostgrenze erschien, ferner die außerordentlich gesteigerte Nachfrage nach Medikamenten, Verbandsstoffen und Desinfektionsmitteln für den russisch-japanischen Krieg, brachten lebhaftes Geschäft für den Medizinal-Drogenhandel. Wenn trotzdem vom Jahre 1905 nicht wird behauptet werden können, daß es ein besonders gewinnreiches sei, so hat dies seinen Grund in dem aufs äußerste gesteigerten Wettbewerb mit seinen üblichen Erscheinungen, den gedrückten Preisen und der Bewilligung von allen möglichen Vorteilen an die Abnehmer, wodurch der so wie so schon geringe Gewinn noch weiter vermindert wird. Demgegenüber wachsen die Geschäftskosten infolge der sozial-politischen Gesetze, der Erhöhung der Gehälter und Arbeiterlöhne, der Steuern, Mieten usw. von Jahr zu Jahr. Die allgemeine Preislage war niedrig. Für eine ganze Reihe wichtiger Chemikalien würden infolge von Überproduktion noch wesentlich billigere Preise Platz greifen, wenn sie nicht durch Konventionen und Kartelle gestützt würden, deren Zahl sich immer weiter vermehrt. Die Ausfuhr nach allen Teilen der Erde hat eine weitere Erhöhung erfahren, nur machten sich bezüglich des Absatzes nach Rußland Verkehrsstörungen geltend, während die Geldeingänge von dort bis jetzt nichts zu wünschen übrig ließen. Besonders bemerkenswert ist das Steigen der Ausfuhr für Cyankalium, Chlorkalk, Sprengstoffe, Antipyretica, Barytsalze, Brompräparate, Chlorkalium, Chlor-magnesium, Weinsäure, Ammoniak, Anilin und Teerfarbstoffe. Eine Abnahme zeigt die Ausfuhr von Brom und Chinin. Die Einfuhr von Drogen findet immer mehr direkt statt, unter Umgehung der Märkte von London, Havre, Marseille und Triest. Die Ernte von Vegetabilien verlief normal, nur einige Blüten und Blätter gaben infolge der starken Sommerhitze geringe Erträge. Die Einfuhr ausländischer Vegetabilien ist in der Zunahme begriffen. Wesent-

liche Preissteigerungen erfuhren: Essigsäure, fast alle Metalle und Metallpräparate, von denen nur Wismut Anfang Dezember plötzlich um ca. 40% vom Syndikat herabgesetzt wurde, Kampfer, Opium Morphium, Zitronensäure und Salicylpräparate. Neu in den Medizinschatz eingeführt wurden: Adrenalin-Cocaintabletten, Alypin, Candol, Codrenin, Digitalon, Euresol, Fortose, Jothion, Santyl, Stovain usw.

Wien. Über Neugründungen in der chemischen Industrie berichtet die „Zeit“: In der chemischen Industrie bereitet sich eine ziemlich starke Erhöhung der österreichischen Produktion vor, namentlich in der **Düngemittelindustrie**, obzwar deren Produkte nach dem Inslebentreten der Handelsverträge ebenso zollfrei bleiben wie bisher. Der Aussiger Verein für chemische und metallurgische Produktion hat eine Superphosphaterzeugung eingerichtet, die auf ein Jahresquantum von 2000 Waggons berechnet ist und demnächst in Betrieb kommt. Die Firma A. Schram in Lobositz vergrößert ebenfalls ihre Produktion von Schwefelsäure und Kunstdünger. Auch die chemischen Fabriken in Kolin und Pecek, die der Koliner Aktien-Düngemittelfabrik gehören, bereiten große Betriebserweiterungen vor. Auf den Werken des Erzherzogs Friedrich ist seit langem eine Schwefelsäure- und Kunstdüngefabrik geplant, deren Bau durch die Finanzierung des Unternehmens aktuell geworden sein dürfte. Sie soll Schwefelkiese aus der Bukowina verarbeiten. Die Hungaria-Gesellschaft errichtet nächst Fiume eine größere Schwefelsäure- und Kunstdüngefabrik, deren Vorarbeiten bereits im Zuge sein sollen. Infolge des namhaft gestiegenen Bedarfes an Düngemitteln dürfte auch eine große Anzahl von weniger bedeutenden Firmen ihre Produktion im laufenden Jahre stark vergrößern. In der **Sodaindustrie** ist projektiert eine große Anlage der Außiger chemischen Fabrik in Nestomitz bei Außig, die gemeinsam mit der Firma Solvay (Brüssel) errichtet wird, und die bereits der Behörde die Pläne vorgelegt hat. Dagegen soll in Außig die Sodafabrikation nach dem veralteten Leblancverfahren aufgegeben werden. Eine Ammoniak-Sodafabrik wird demnächst auch von der Firma Bernhard Libau & Komp. in Podgorze bei Krakau in Betrieb kommen; der Betriebsumfang ist auf jährlich 1000 Waggons projektiert; es soll nach dem H o n i g m a n schen Verfahren gearbeitet werden. Ferner war noch von einigen weiteren Projekten der Larisch-Mönnichschen Werke und der Aktiengesellschaft „Klothild“ die Rede, von denen es aber in letzter Zeit wieder still geworden ist. Ätnatrium und Chlorkalk will die Firma Piette & Ko. mit Hilfe der Wasserkräfte der Kerkafälle elektrolytisch bei Sebenico erzeugen. In der Teerfarbenindustrie projektiert die Außiger chemische Fabrik die Erzeugung einiger neuer Artikel. Schließlich sei auch erwähnt, daß ein ernstes Projekt für die Erzeugung von Salpeter aus Luftstickstoff auf elektrischem Weg für Tirol besteht.

Neugründet wurden die „A d r i a t i c a“ Treberdestillerie-, Likör- und Kognak-Industrie A. - G. in Fiume mit einem Aktienkapital von 400 000 K.

Die R o h l b o h r u n g e n in Boryslaw werden aus technischen Gründen immer schwieriger, während quantitativ eine Abnahme der Produktion

im letzten Jahre nicht konstatiert wurde. Es befinden sich dort gegenwärtig 334 Bohrtürme, von denen aber nur 169 tatsächlich im Bohrbetriebe stehen; die Förderung konnte nur bei dem zehnten Teil vor sich gehen. Gegenwärtig ist gerade bei den bedeutendsten Naphthalgesellschaften das Verhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Schächten ein ungünstiges. Der Ölprozent Boryslaws ist in den letzten zwei Jahren ziemlich stark gefallen, und um die reichen Schichten anzubohren, muß man an vielen Stellen über 1000 Meter tief gehen.

Auf der Syndikatsgrube der Galizischen Petroleum A.-G. in Boryslaw ist ein neuer Schacht erbohrt worden, dessen Ergiebigkeit in wenigen Tagen von vier auf sechs Zisternen Rohöl pro Tag gestiegen ist.

In Agram erfolgte die Gründung einer chemischen Fabrik, welche unter der Firma: „Aktiengesellschaft für chemische Industrie“, sich mit der Erzeugung von Schwefelsäure, Kunstdünger und anderen chemischen Produkten befassen wird. In das Programm des Unternehmens wurde auch die Erwerbung der Petroleumraffinerie „Danica“ in Bosnisch-Brod (gegenwärtig Eigentum der Sodafabrik „Lukavac“ in Bosnien) als auch die Errichtung und Förderung verwandter Betriebe aufgenommen. Das Aktienkapital beträgt 3 Mill. Kronen.

Die im Schurfgebiete Kassejowitz bei Pilzen vorgenommenen, auf Gewinnung von Gold erzielten Versuche waren von Erfolg begleitet, so daß bereits um die Freifahrt angesucht wurde. Die von der geologischen Reichsanstalt in Wien vorgenommene Analyse der Erzproben ergab: 1. arsenhaltiger Quarz aus der Hangendkluft 159 g Gold per Tonne; 2. Arsenhaltiger Quarz aus der Liegendkluft 31 g; 3. eisenhaltiger ausgeglühter Guarz 12 g und 4. arsen- und schwefelkieshaltiger Quarz 8 g per Tonne. N.

Essen-Ruhr. Der Jahresbericht der Handelskammer zu Essen, von dem in diesen Tagen der 1. Teil erschienen ist, enthält bemerkenswerte Ausführungen über die Handelsverträge, das Syndikatswesen und die Berggesetznovelle, die in weitesten Kreisen Beachtung verdienen. Was die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit angeht, so ist — wie daselbst ausgeführt wird — ins Auge zu fassen, „daß die neuen Handelsverträge leider nicht so ausgefallen sind, wie nach den eingehenden amtlichen Untersuchungen über die Produktions- und Absatzverhältnisse unserer Industrie erwartet werden mußte. Eine Reihe von Industriezweigen muß ernstlich damit rechnen, daß ihre Entwicklung durch die vertraglichen Festsetzungen ungünstig beeinflußt wird, und nicht mit Unrecht wird die Frage aufgeworfen, welche praktischen Zwecke schließlich noch wirtschaftliche Enquêtes und Statistiken haben, wenn im gegebenen Falle ihre Ergebnisse unbeachtet bleiben oder beiseite gesetzt werden“. Als eines der Hauptmittel, die Schädigungen, die diesen Industriezweigen durch Ermäßigung der deutschen Zölle, sowie durch Erhöhung der Zölle des Auslandes erwachsen dürften, auszugleichen, wird die weitere Durchführung des Syndikatsgedankens, der

wirtschaftlichen und industriellen Konzentration bezeichnet. „Es will uns sicher scheinen, daß die Vermehrung der Schwierigkeiten im internationalen Konkurrenzkampfe einen starken Anstoß zur Verallgemeinerung der Kartellierungsidee, zum Ausbau unserer Verbände geben, und daß diese vermehrten Schwierigkeiten auch nicht unerheblich dazu beitragen werden, die unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung ohnehin innewohnende Tendenz zur Konzentration, zur Zusammenlegung und Abrundung der Betriebe, zur Fortbildung derselben in Richtung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit zu verstärken und den Konzentrationsprozeß zu verallgemeinern. — Die Frage, ob diese Entwicklungstendenz eine gesunde ist, und ob die Formen, in welchen sie, speziell in der Montanindustrie, in Erscheinung getreten ist, als willkommene anzusprechen sind, mag dahingestellt bleiben. Selbst wenn man aber die zunehmende Konzentration für bedauerlich und gefährlich hält, wird man doch heute zugestehen müssen, daß sie wirtschaftlich nicht zu umgehen ist; denn die Zusammenfassung der Kräfte, die Bildung in sich geschlossener und in sich selbst lebensfähiger Unternehmungen, die die von ihnen benötigten Rohprodukte selbst erzeugen und verarbeiten und sich damit bis zu einem gewissen Grade unabhängig machen von andern Werken und von den wechselnden Verhältnissen der Konjunktur, ist eines der wesentlichsten Mittel zur Verminderung der Produktionskosten und zur Hebung unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber. Angesichts dieser Sachlage liegt aber auch auf der Hand, daß es völlig verkehrt sein würde, der wirtschaftlichen Konzentrationsbewegung durch Maßnahmen gesetzlicher Art entgegen zu wirken oder sie gar zu hindern; denn das würde, ganz abgesehen davon, ob die Möglichkeit hierzu überhaupt vorliegt, nichts anderes bedeuten, als unserer Industrie eine Waffe aus der Hand schlagen, deren sie in dem zweifellos bevorstehenden Ringen der Industriestaaten um so mehr bedarf, als ja bekanntlich bei uns einer der wichtigsten Produktionsfaktoren, die Frachten, in der Hand des Staates sich befindet und damit außerhalb des Einflusses der Industrie liegt“. — Was endlich die Berggesetznovelle anbetrifft, so hat die Essener Handelskammer von vornherein die Art und Weise, wie der Staat in den großen Bergarbeiterstreik Anfang 1905 eingriff, grundsätzlich verurteilt. „Daß in einem Augenblick, wo man einem flagranten Kontrakt- und Rechtsbruch Hunderttausender gegenüberstand, in einem Augenblick, wo eine rücksichtslose Verurteilung dieses Kontrakt- und Rechtsbruches im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Rechts- und Staatsordnung erste Pflicht und ein machtvolles und unerbittliches Feststehen im Interesse der Zurückdämmung einer politischen Hetze gefährlichster Art erstes Erfordernis gewesen wäre, daß man in einem solchen Augenblicke dem Drängen einer mangelhaft informierten öffentlichen Meinung nachgebend, ohne das Resultat der von den Bergbau-treibenden selbst geforderten und von der Regierung eingeleiteten Untersuchung abzuwarten, staatlicherseits zu Konzessionen sich herbeiließ, erachtet die Handelskammer für einen fundamentalen politischen Fehlgriff, der die Autorität von Staat und Unter-

nehmertum an der Wurzel treffen mußte, und dessen Tragweite sich noch gar nicht abschätzen läßt“.

Der Frankfurter Zeitung wird geschrieben: „In seinem Anschreiben an die **Kohlen-Zechen**, in welchem um völlige Lieferung der den Zechen zustehenden Mengen ersucht wird, sagt das Syndikat: „Im übrigen können wir auch sagen, daß die tatsächlichen Leistungen der Zechen weit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben sind. Fast bei allen Zechen haben wir mit Ausfällen in der Herstellung zu rechnen.“

Aus dieser Klage des Syndikats geht hervor, daß die Zechen des Ruhrbezirks z. Zt. nicht in der Lage sind, eine wesentlich größere Förderung zu erzielen; fast keine Zeche wird vermutlich die volle Beteiligungsiffer beim Syndikat erreichen, auch nachdem die bestehende Fördereinschränkung von noch 10% definitiv aufgehoben sein wird. Die meisten Zechen haben bei der erneuten Festsetzung der Beteiligungsiffer beim Syndikat Fördermengen aufgegeben, die sie, wie es sich nun zeigt, meist garnicht voll leisten können. Übrigens wird es nur noch ein Jahr dauern, bis mehrere größere Neu anlagen im nördlichen Bezirke in Betrieb kommen. Ob diese Anschluß an das Syndikat suchen werden, steht freilich noch nicht dahin.

Hannover. Verschiedene Jahresberichte über die **Kaliwerke** betonen, daß der **Kalisalzbergbau** im abgelaufenen Jahre weitere Fortschritte gemacht und die Steigerung der Versandziffern des Syndikats mit etwa M 8 Mill. gegen das Vorjahr eine bisher nie dagewesene Höhe erreicht hat. Die Schaffung neuer Absatzgebiete wird auch für die nächsten Jahre von maßgebender Bedeutung für die Industrie sein. Mit dem Syndikat steht und fällt ihre Prosperität. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird dasselbe für eine Reihe neuer Werke aufnahmefähig sein, solange die erforderliche Sorgfalt angewandt wird, um jede gewaltsame Erschütterung der Marktlage zu vermeiden. Im Jahr 1905 hat das Gründungsfieber einen Grad erreicht, der wirklich zu ernsten Bedenken Anlaß geben sollte. Die in Preußen zum Gesetz erhobene Mutungssperre (lex Gamp), von der die Provinz Hannover befreit blieb, hat eine Hochflut in dem Abschluß von Kaligewinnungsverträgen herbeigeführt; die aufs äußerste gesteigerte Unternehmungslust hatte zur Folge, daß die Grundbesitzer der Provinz Hannover jetzt an vielen Orten für die Begebung des Mutungsrechts und Abbaues Bedingungen stellen, die keine Aussicht auf Rentabilität mehr lassen. Die Kurse der Kaliwerte haben bis Ende August fast ununterbrochen steigende Richtung verfolgt; als dann trat eine Reaktion ein, die eine Einschränkung des Geschäfts, und eine wesentliche Reduktion des Kursniveaus herbeiführte. Erst in den letzten Tagen des alten Jahres machte sich wieder ein Umschwung bemerkbar. Die Ausbeute-Ergebnisse haben sich zum Teil weiter gebessert. Die bergbauliche Entwicklung der meisten Unternehmen vollzieht sich weiter in hoffnungsvoller Weise mit Unterstützung des Großkapitals. Das Streben, sich von der Gewerkschaftsform zu befreien und sich der Aktiengesellschaft zuzuwenden, trat im Laufe des Jahres vielfach her-

vor. In das Kalisyndikat wurden drei Werke Großherzog von Sachsen, Desdemona und Siegmundshall aufgenommen, so daß das Syndikat jetzt 31 Mitglieder zählt. Mit den Werken Sollstädt, Roßleben und Ronnenberg schweben Unterhandlungen; als weitere Anwärter kommen demnächst Heldrungen, Friedrichshall, Friedrich Franz und Frisch Glück (Eime) in Betracht.

Frankfurt a./Main. Die **Vereinigten Chininfabriken Zimmer & Co.**, begehen in diesen Tagen die Feier des hundertjährigen Jubiläums der Gründung der Firma Friedr. Jobst in Stuttgart, aus deren Vereinigung mit der seit 1837 bestehenden Firma C. Zimmer in Frankfurt a. M. im Jahre 1887 das gegenwärtige Unternehmern hervorgegangen ist. Zu Beginn des Jahres 1806 errichtete der Kaufmann Friedr. Jobst in Stuttgart eine Drogenhandlung, die als die Grundlage der Gesellschaft anzusehen ist. Im Jahre 1828 begann Friedr. Jobst mit der Herstellung des Chinin. Die kleine Anlage erweiterte sich mehr und mehr, und allmählich wurden auch andere Alkaloide und chemische Erzeugnisse in den Geschäftsbereich gezogen. So wuchs die Chininfabrik, bis sie jetzt zu einer Höhe der Erzeugung gelangt ist, die jährlich ein Sechstel der gesamten Chininproduktion der ganzen Erde beträgt; in Zeiten großen Bedarfs können bis 250 kg täglich hergestellt werden. Friedr. Jobst behielt bis zu seinem im Jahre 1859 erfolgten Ableben die Leitung der Firma. Im Jahre 1859 trat der Geh. Hofrat Dr. Julius von Jobst in die Firma ein, in der er noch heute als Vorsitzender des Aufsichtsrates eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Im Jahre 1868 errichtete die Firma ein Zweiggeschäft in Mailand; im Jahre 1879 wurde unter Mitwirkung einiger niederländischen Firmen die etwa 2000 Morgen umfassende China-Plantage Daradjat auf Java gegründet. Nach der im Jahre 1887 erfolgten Vereinigung mit der Frankfurter Firma C. Zimmer wurde der Betrieb so geregelt, daß in Feuerbach Chinin im größten Maßstabe hergestellt wird, während Frankfurt der Sitz ist für die Gewinnung von Jodpräparaten, Koffein, Cocain usw. Überdies wird von Frankfurt aus ein Großexportgeschäft in Drogen betrieben. Die Firma hat stets enge Fühlung mit der chemischen und medizinischen Wissenschaft gepflogen und so in ihrem Teile auch zu der Blüte der deutschen chemischen Industrie beigetragen.

Berlin. Die Verhandlungen wegen Weiterbestehens der **Spirituszentrale** über den Oktober 1908 hinaus werden schon seit geraumer Zeit gepflogen: bis zum 1. Mai 1906 hat die Zentrale ihre Brenner gebunden, sich bezüglich des Verkaufs ihrer Produktion vom 1. Oktober 1908 ab nicht anderweitig zu verpflichten. Die Leitung hoffte also bis zum Mai ein neues Übereinkommen zwischen den Brennern und Spritfabriken vereinbart zu haben. Inzwischen nahmen aber die Verhandlungen so wenig gedeihlichen Fortgang, daß ein Abschluß in den nächsten Monaten kaum wahrscheinlich, ja daß eine Fortdauer der Zentrale in seiner bisherigen Form mindestens fraglich ist. Bisher weisen die Spritfabriken die Zumutungen der Bronner zurück. Seit Bestehen des Ringes haben die Spritfabriken an Rektifikationsprämie im Durchschnitt der letzten sechs Jahre 3,9666 M pro Hektoliter erhalten. Die

neuen Vorschläge der Brenner gehen dahin, den Spritfabrikanten eine Rektifikationsprämie von nur 1,75 M zu gewähren, und alle anderen Kosten, als die Mieten für die Reservoirs, Fässer, für Kesselwagen, für Verkaufs- und andere Provisionen aus einem Pauschquantum von 2,50 M pro Hektoliter Produktion zu decken, sodaß die Produzenten den ganzen Erlös bei der Spiritusverwertung abzüglich 4,25 M der Reportzinsen und vielleicht noch einige geringere Beträge erhalten würden, während bisher der Unterschied zwischen durchschnittlichem Verkaufspreise und dem an die Brenner ausgezahlten Preise über 8 M zu betragen pflegte. Diesen Vorschlägen widerstreben aber die meisten Spritfabrikanten, die bisher außer der hohen Reinigungsprämie sämtliche Leistungen extra vergütet bekamen, auf das entschiedenste. Ganz besonders schlecht gestellt würden die kleineren Spritfabriken sein, die keine Lagerhäuser haben; ihnen wird man wohl auch eine kleine Erhöhung der Prämie zugestehen.

Der vom Zentrum beantragte Ausfuhrzoll auf Kalisalze findet auch in agrarischen Kreisen Unterstützung mit der Begründung, daß im Interesse der deutschen Landwirtschaft ein vorzeitiges Erlöschen der Kalilager zu verhindern sei und andererseits dem Staate so neue Hilfsquellen auf Kosten des Auslandes zugeführt werden könnten. Graf Kanzig ging in der Reichstagsitzung vom 11. d. Mts. so weit, nicht nur eine Ausfuhrsteuer auf Kalisalze, sondern auch auf Kohlen vorzuschlagen. Er bezeichnete die Erfahrungen die man in England mit einem Ausfuhrzoll auf Kohlen gemacht habe, als sehr gute.

Handelsnotizen.

Berlin. Im Reichsanzeiger wird bekannt gegeben, daß der preußische Staat der Gewerkschaft Hercynia für den Erwerb der Kaligerechtsame der Gewerkschaft Vienenburg und ihrer Fabriken einen Kaufpreis von 30 Millionen in bar angeboten hat. Der Betrieb soll vom 30. Juni 1906 ab für Rechnung des Fiskus übernommen werden. Der Geschäftsgewinn verbleibt für das erste Halbjahr bis zum Höchstbetrag von 100 M Ausbeute pro Kuxe und Monat der Gewerkschaft Hercynia. In den Staatsbesitz soll übergehen auch die Beteiligung beim Kalibergwerk Asse, nicht dagegen die 600 000 M Staatspapiere der Gewerkschaft. Die Staatsregierung erachtet sich an dieses Angebot bis zum 15. Februar 1906 gebunden.

Durch den Erwerb dieses sehr günstig arbeitenden Privat-Kaliwerks würde die Stellung des Fiskus in der Kaliindustrie, besonders aber im Syndikat eine ganz wesentliche Verstärkung erfahren. Das Bestreben des Fiskus, seinen Einfluß im Syndikat wieder zu erhöhen, erscheint verständlich, wenn man sich erinnert, daß mit der Aufnahme neuer Werke die Beteiligungsziffer der älteren und darunter der fiskalischen Werke zurückging. Im Hinblick auf die eigentümliche, ein natürliches Monopol darstellende Lage der Kaliindustrie und auch mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für die heimische Landwirtschaft legt der Fiskus Wert darauf, seinen Einfluß, in der Richtung geltend zu machen, daß bei der Ausnutzung der Kalilager die Interessen des

einzelnen nicht einseitig in Vordergrund treten. Das Syndikat und in ihm der Fiskus hat in dieser Beziehung segensreich gewirkt. Es hat einerseits im Inlande billiger verkauft, als nach dem Ausland, gleichzeitig aber auch durch eine großzügige und geschickte Propaganda ungemein viel zur Erhöhung des Absatzes beigetragen. Nun aber sind in letzter Zeit eine große Anzahl neuer Kaliwerke entstanden — man glaubt, daß bis zum Ablauf des Syndikatsvertrages 30 Werke „syndikatsreif“ werden —, daß bei aller Propaganda ein Absatz, der den dann eintretenden Beteiligungsansprüchen gerecht werden könnte, nicht beschafft werden kann. Durch diese Aussichten ist der Bestand des Syndikats sehr bedroht. Durch den Erwerb der Gruben der Hercynia kommt aber der Fiskus in die Lage, im Notfalle, den deutschen Bedarf decken zu können und infolgedessen bei der Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Syndikats ein gewichtiges Wort mitzureden. Der Preis, den der Staat bietet, erscheint ein angemessener und es wird erwartet, daß der Verkauf sowohl von den Gewerken, wie von der Volksvertretung genehmigt wird. Zur Beschußfassung über das Angebot ist auf den 10. Februar eine Versammlung der Gewerken nach Berlin einberufen.

Die Konvention deutscher Thorium-Fabrikanten hat den seit fast zwei Jahren auf M 53 für das Kilo Thorium-Nitrat festgehaltenen Preis am 11. d. M. plötzlich auf 27 M herabgesetzt. Da hierbei noch Rabatte gewährt werden, so ist damit der Preis unter das niedrigste Niveau herabgegangen, das er jemals früher erreicht hatte. Als Grund hierfür wird angegeben, daß es der Konvention bisher nur dadurch möglich gewesen ist, den Preis auf der Höhe zu erhalten, daß die brasilianischen Gruben Monazitsand nur an die Mitglieder der Konvention liefern durften. Dafür erhielten sie bekanntlich einen Anteil an dem erhöhten Thoriumpreis. Dennoch bildete sich eine Konkurrenz, die allmählich so groß geworden ist, daß der Absatz der Konventions-Fabriken bedeutend zurückging. Überdies läuft der Vertrag mit den Sandlieferanten am 1. Juli 1907 ab. Bis dahin sind sie verpflichtet, jede gebrauchte Quantität Monazitsand zu einem sehr billigen Preise zu liefern. Die Beteiligung der Sandlieferanten am Thorium-Preis beginnt aber erst, wenn dieselbe M 28 für das Kilo Nitrat übersteigt. Da er jetzt unter M 28 heruntergesetzt wurde, werden die Sandlieferanten von jeder Beteiligung am Gewinn ausgeschlossen. Ein Herabgehen der Preise für Glühkörper ist trotz alledem einstweilen nicht zu erwarten. Einerseits sind die meisten Glühkörperfabriken noch für geraume Zeit mit Thorium-Vorräten zu den alten hohen Preisen versiehen, und andererseits entspricht der heutige Stand der Thorpreise erst jetzt den Glühkörperpreisen, zu denen die Fabrikanten sich schon seit Jahren verstehen mußten.

Deutsche Teerproduktengesellschaft G. m. b. H. Die schon früher angekündigte Gründung dieser Gesellschaft mit dem Sitz in Berlin ist jetzt erfolgt. Der Vereinigung, die von jetzt ab den ausschließlichen Verkauf der Erzeugnisse der Werke an Imprägnieröl und anderen schweren Teerölen, Naphthalin, Anthracen und Pyridin, sowie Pech und präparierten Teeren, letz-

tere beiden exkl. Ostdeutschland, für eigene Rechnung übernimmt, haben sich die folgenden Firmen angeschlossen:

A.-G. für Teer- und Erdöl-Industrie, Berlin, Oberschlesische Kokeswerke und Chemische Fabriken, A.-G., Berlin, Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H., Duisburg, Rüterswerke-A.-G., Berlin, Chemische Fabrik Lindenholz C. Weyl & Co., A.-G., Mannheim, A.-G. für chemische Industrie Gelsenkirchen-Schalke i. W., Zeche „Mathias Stinnes“, Essen-Ruhr, Gewerkschaft König Ludwig, Recklinghausen-Süd, Gustav Schulz, G. m. b. H., Bochum, Wirth, Waldthausen & Schulz, Langendreer, A.-G. Schalker Gruben- und Hütten-Verein, Gelsenkirchen, Hartmann & Lucke, G. m. b. H., Mühlheim-Rhein, Wilh. Otto Waldhausen, Wilh. Sohn, Klarenburg bei Köln, Gewerkschaft des Steinkohlen-Bergwerks „Lothringen“, Gerthe bei Bochum, Gewerkschaft Dorstfeld, Dorstfeld, Gewerkschaft Friedrich der Große, Herne i. W., Essener Bergwerks-Verein „König Wilhelm“, Borbeck.

Abschlüsse, die vor Errichtung der Teerproduktions-Vereinigung mit einer der vorgenannten Firmen getätigten wurden, werden noch von der kontrahierenden Firma erfüllt.

Ein Teil der der Zentrale in Berlin angeschlossenen Reinigungsanstalten ist zu einem Kartell der Fuselölfabrikanten zusammengetreten, um auch die Fuselölpreise zu monopolisieren. Nach den großen Verlusten, die die Acetatindustrie im vorigen Jahre durch die unsinnige Preistreiberei des Fuselöls erleiden mußte, droht den heimischen Acetatfabriken jetzt die größere Gefahr eines dauernd hohen Preisstandes für Fuselöl, falls ihnen nicht die Beseitigung des bieschrigen Zollschutzes, auf den das neue Kartell sich stützt, zu Hilfe kommt.

In der gestrigen Generalversammlung der Allgemeinen Petroleumindustrie A.-G. wurde die Dividende für das erste Geschäftsjahr auf 5% festgesetzt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Sodann wurde die Erhöhung des Grundkapitales um 5 Mill. M auf 17 Mill. M beschlossen. Die Kapitalerhöhung erfolgt zur Abstoßung des Bankkredits, den die Gesellschaft infolge weiterer Anforderungen infolge ihrer Beteiligung an der „Vega“, dem Credit Petrolifer und der Compagnie industrielle des petroles in erheblichem Umfange in Anspruch hat nehmen müssen, und zur Bereitstellung von Mitteln, die die Ausdehnung des Unternehmens erfordert.

Die A.-G. Vereinigte Chemische Fabriken (S. T. Morosow, Koell, Ottmann) Berlin hatte 1904/5 nach Abschreibungen von 41 760 M einen Reingewinn von 29 671 M. Auf das Aktienkapital von 1,3 Mill. M kommt eine Dividende von 2% zur Verteilung.

Bremen. Der Generalversammlung der Linoleumwerke Delmenhorst wird die Verteilung einer Dividende von 14% (6) bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen vorgeschlagen.

Essen. Der Gußstahlverband hat, infolge der Preiserhöhung der Rohmaterialien eine allgemeine Preiserhöhung um durchschnittlich 10% vorgenommen.

Die A.-G. Friedrich Krupp errichtet zur Vergrößerung ihrer Hochofenwerke bei Rhein-

hausen in Bliesheim einen neuen Hochofen, da die bisherige Produktion nicht ausreicht, den Bedarf zu decken.

Die Gesellschaft „Meteor“, A.-G., Gieseke Kalk- und Portlandzementwerke in Gieseke kann auch für das abgelaufene Betriebsjahr keine Dividende verteilen. Nach 92 677 M (i. V. 93 444 M) Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 102 740 M, um den sich die aus dem Vorjahr übernommene Unterbilanz auf 150 647 M vermindert. Die Beteiligung beim Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikat betrug für 1905 225 000 Faß, gegenüber 195 000 Faß pro 1904, beim Verkaufsverein rheinisch-westfälischer Zementwerke erhöht sich das Kontingent für 1906 auf 235 000 Faß gegenüber 250 000 Faß ab 1./1. 1907. Für das laufende Jahr hofft der Vorstand einen zufriedenstellenden Abschluß vorlegen zu können.

Frankfurt a./Oder. Die Stärke-Zuckerfabrik A.-G. vorm. C. A. Köhlemann & Co. erzielte nach M 125 053 (i. V. M 83 418) Abschreibungen im Jahre 1904/5 M 543 890 (M 451 801) Reingewinn. Daraus werden, 16% (18%) Dividende verteilt. Der Bericht bemerkt, daß seit der Mißernte von 1891 für Kartoffelfabriken nicht wieder so hohe Preise wie im Berichtsjahre zu verzeichnen waren. Die Preischwankungen betragen für feuchte Stärke M 16,40 bis 16,75—15,40 per 100 kg. Der hohe Wertstand veranlaßte Händler von Kartoffelfabrikaten zu andauernder Zurückhaltung, Konsumenten zur Einschränkung des Bedarfs und Verwendung von Ersatzstoffen. Dem Einfluß des Rübenzuckers, dessen Preis immer nach unten tendierte, konnte sich Stärkezucker nur schwer entziehen. Zudem überschwemmte Holland infolge einer Rekord-Ernte das Ausland derart mit billigen Mehl und Dextrin-Offerten, daß Deutschland in der Hauptsache auf den Inlandsverbrauch angewiesen blieb.

Frankfurt a. M. Unter der Firma Eisenerz-Gesellschaft m. b. H. ist hier eine Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. November 1905 errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel in Eisenerzen, Manganerzen, anderem Hochofenschmelzmaterial und Produkten der Eisenhüttenbranche, sowie die Übernahme von Unternehmungen oder Beteiligung bei solchen, die sich mit Produkten der genannten Art befassen. Das Stammkapital beträgt 500 000 M.

Gotha. Die Gewerkschaft Harz errichtet bei Hüttenrode ein Kalkwerk mit zwei Ringöfen. Die jährliche Leistung ist auf 7 Millionen Kilogramm veranschlagt.

Der Grubenvorstand der Kali-Gewerkschaft Thuringia bringt eine Zubuße von 10 M pro Kux zur Einziehung und beruft eine außerordentliche Gewerkenversammlung auf den 5. Februar d. J., die u. a. auch über die event. Fortführung der Geschäfte oder Liquidation des Unternehmens beschließen soll.

Hamburg. Bohrungen auf Kali werden in nächster Zeit auf der Geissauer Feldmark bei Segeburg vorgenommen werden; auf der Stipsdorfer Feldmark werden schon seit Jahren von der Tiefbohrgesellschaft in Hannover unter großem Ko-

tenaufwände Bohrungen vorgenommen; der Zweck und die Ergebnisse werden jedoch geheim gehalten.

Hannover. Die Verwaltung der **Ge-werkschaft Schieferkautz** (vgl. S. 118) macht bekannt: „Wenn auch der erhoffte günstige Fall, die Möglichkeit des Weiterabteufens von Hand, nicht eingetreten ist, so wird doch das Weiterabteufen den unter den gegebenen Verhältnissen normalen Verlauf erwarten lassen wie auf so manchem andern Kaliwerke der Hildesheimer Gegend, wo man gleichfalls mit ähnlichen schwierigen Verhältnissen zu tun gehabt oder noch zu tun hat.“ Der Gestehungspreis der fertigen Anlage wird infolge des Zwischenfalls auf M 3 600 000, anstatt 3 400 000 wie ursprünglich vorgesehen, veranschlagt. Es wird vergeschlagen für 1906 eine Zubeute von M 1000 auf den Knx auszuschreiben.

Das Alkaliwerk Sigismundshall A. G. Wunstorf konnte dem Geschäftsbericht nach, in verflossenen Jahren nach langen Baujahren den Betrieb aufnehmen. Die Haupttätigkeit war den Tagbauten gewidmet. Die früheren provisorischen Bauten sind größtenteils abgebrochen und durch neue ersetzt. Trotz der hochprozentigen Salze die gewonnen werden, hat das Werk eine Kalisalzfabrik errichtet, deren Konzession auf die Verarbeitung von 4000 dz Sylvinit oder 2750 dz Sylvinit und 1250 dz Carnallit bei gleichzeitiger Ableitung der Endlaugen in die Leine lautet. Die Beteiligungsziffer beim Kalisyndikat ist 1906 26.04 Tausendstel steigend bis 26,97 in 1909.

Der Grubenvorstand der **Kaligewerkschaft „Germany“** beruft eine außerordentliche Generalversammlung behufs Berichterstattung über schwedende Prozesse, u. a. mit der fürstlich schaumburg-lippischen Regierung, sowie Bewilligung von Zubeußen.

Wie der Grubenvorstand der Gewerkschaft **Deutschland** mitteilt, ist das Steinsalz Lager bei 217 Meter Teufe erreicht worden. Der Schacht ist vollständig trocken.

Die Dividende der A.-G. **Thiede** für das Geschäftsjahr 1905 ist auf 8—9% (gegen 6% i. V.) zu schätzen. Die Querschläge haben günstige Lagerungen von zum Teil sehr guter Qualität angetroffen.

Die Celle-Wietze A.-G. für Erdölgewinnung ist im Hornborsteler Gebiet mit zwei Bohrlöchern auf schweres Öl gut fündig geworden. Die Bohrungen sind über zweihundert Meter tief.

Kassel. Das Amtsgericht zu Kassel gibt bekannt, daß das Konkursverfahren über die **Treber-Gesellschaft** sowie über sämtliche Tochtergesellschaften eingestellt worden ist.

Kattowitz. Die **Oberschlesische Kohlenkonvention** beschloß eine am 1. April 1906 in Kraft tretende Preiserhöhung von 50 Pf pro Tonne.

In dem Prospekt über die Zulassung von 2,92 Mill. M von 4½ auf 4% Verzinsung abgestempelten Hypothekar-Obligationen der **Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlen-Werke** zum Berliner Börsenhandel, wird bemerkt, daß die Erträge für 1905 derart seien, daß eine Dividende von 14%

(wie i. V.) in Aussicht genommen werden könne. Der befriedigende Geschäftsgang hält auch im neuen Jahre an.

Auf der Katharinenhütte der **Vereinigten Königs- und Laurahütte** in Russisch-Polen ist der Betrieb vorerst teilweise wieder aufgenommen worden; die Hochöfen sind wieder angeblasen worden.

Mannheim. Die **Chemische Fabrik Lindenholz C. Weyl & Co. A.-G.** erzielte 1904/5 nach M 154 394 (i. V. M 182 453) Abschreibungen und Vortrag einen Reingewinn von M 672 505 (M 598 488). Von den M 3 714 000 Aktienkapital sind im Besitze der **Rüttgerswerke A.-G. Berlin** M 3 214 000. Die Erwerbung fand Mitte 1905 statt, der Gewinn fällt demnach den Besitzern zu.

Die Chemischen Werke, A.-G., rufen eine außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: Beschuß über Veräußerung des Gesellschaftsvermögens im ganzen.

Offenbach a. M. Die **Schramm'sche Lack- und Farbenfabriken, A.-G.**, verteilt für das am 31. Oktober 1905 abgelaufene Geschäftsjahr aus dem mit 327 383 M bezifferten Reingewinn eine Dividende von 14%.

Posen. Der Geschäftsbericht der **Chemischen Fabrik A.-G. vorm. Moritz Milch & Co.** erwähnt die Fusion mit der Chemischen Fabrik Petschow, Davidsohn in Danzig. Laut Vertrag wurde das Unternehmen bereits seit dem 1. Januar 1905 für Rechnung der Posener Gesellschaft geführt. Das Geschäftsergebnis des Jahres 1904—1905 wird als recht befriedigend bezeichnet. Der Brutto-Gewinn beträgt 962 116 M, der nach Abschreibungen von 184 096 M die Zahlung einer Dividende von 14% (i. V. 12%) ermöglicht. Der Betrieb der Fabriken war ein guter und ermöglichte eine größere Produktion.

Aus anderen Vereinen.

6. internationaler Kongreß für angewandte Chemie.

Der Kongreß wird unter dem Ehrenvorsitz des Senators Prof. St. Cannizzaro und dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Italienischen Senats Prof. E. Paternò in den Tagen vom 26. April bis 3. Mai d. J. in Rom stattfinden. Am 25. April findet die freundschaftliche Begrüßung der Teilnehmer statt; am 26. ist die offizielle Eröffnungssitzung und nachmittags die erste Plenarsitzung zur Bildung der Abteilungsvorstände; die Abteilungen werden am 27., 28. und 30. April und 1.—3. Mai tagen. Zu Vorträgen in den allgemeinen Sitzungen haben sich bereits die Herren Professoren Henry Moissan, Sir William Ramsay und Otto N. Witt angesagt. Am Sonntag den 29. April ist ein Ausflug in die Umgebung von Rom in Aussicht genommen. Die Schlussitzung findet am 3. Mai statt.

Der Mitgliedsbeitrag für den Kongreß beträgt 20 Lire. Die italienischen Staatsbahnen gewähren den Teilnehmern eine Ermäßigung von 40—60%, je nach Länge der Reise. Die italienischen Dampfergesellschaften „Navigazione Generale Italiana“, „La Veloce“ gewähren eine Ermäßigung von 60%.